

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 257 (1978)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Herzig, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

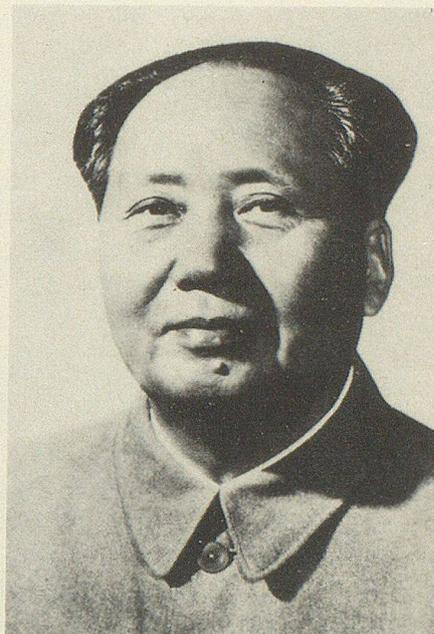
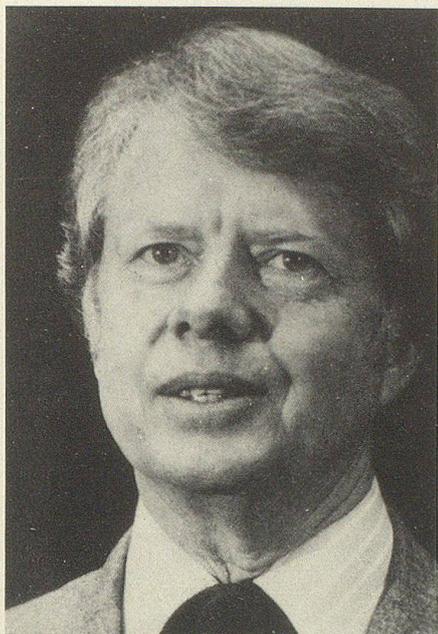
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

von Willi Herzig



Der neue US-Präsident Jimmy Carter (links). Frau Indira Gandhi wurde abgelöst durch den 81jährigen Desai (Mitte). Der «grosse Steuermann» Chinas Mao Tse-tung (rechts). Fotos: Keystone-Press

Bedeutsamstes Ereignis zu Beginn des Jahres 1977 war der Präsidentenwechsel in Washington mit seinen mannigfachen und weitreichenden Folgen. Nicht ganz unerwartet hatte der demokratische Bewerber, der Erdnussfarmer Jimmy Carter aus dem US-Südstaat Georgia, den amtierenden republikanischen Präsidenten Ford geschlagen. Mit Carters Einzug im Weissen Haus begann nicht nur für die USA, sondern auch für die dominierenden internationalen Beziehungen ein neues Kapitel. Nach dem Interregnum Ford waren die durch Vietnam, Watergate und weitere Krisen geschlagenen Wunden weitgehend geheilt, und Amerika schien unter der neuen Führung zu seiner alten Kraft und Ausstrahlung zurückzufinden.

US-Politik mit moralischer Dimension

Der religiös stark beeinflusste Präsident Carter suchte der US-Politik sowohl eine neue Form als auch einen veränderten Inhalt zu

geben. Kissingers vorwiegend mit Geheimdiplomatie betriebenen realpolitischem Konzept folgte eine offen dargelegte, bewusst moralisch gefärbte Politik, deren Konturen durch mancherlei Widersprüche hindurch erst allmählich sichtbar wurden. Mit Mut und seiner grossen Popularität gewiss packte Carter zielstrebig ein heisses innenpolitisches Eisen an, indem er ein Energiesparprogramm verordnete, das den unbesorgten «way of life», den aufwendigen amerikanischen Lebensstil, langfristig beeinflussen könnte. Als ein Kernstück des neuen aussenpolitischen Kurses entpuppte sich Carters beherztes Eintreten für die internationale Respektierung der Menschenrechte, was in verschiedenen Teilen der Welt Trotzreaktionen auslöste.

Verunsicherung im Ostblock

Am empfindlichsten schien die sowjetische Führung getroffen. Nachdem die zahlenmässig kleinen Bürgerrechtsbewegungen, die auf die

volle Anwendung der von Ost und West unterzeichneten Helsinki-Schlussakte pochen, die Ostblock-Regimes bereits gründlich verunsichert hatten, so dass harte Gegenmassnahmen ergriffen wurden, bedeuteten Carters offizielle Stellungnahmen zugunsten der Dissidenten eine unerträgliche «Einmischung». In diesem gespannten Klima platzten denn auch zunächst die zwischen Moskau und Washington wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT). Schroff wies der Kreml die von US-Aussenminister Vance unterbreiteten Vorschläge zurück.

Reibungspunkte zwischen den USA und Europa

Aber auch im Verhältnis zu den Verbündeten schuf die neue US-Politik vorerst Probleme. Westeuropäische Regierungen neigten zur Ansicht, Carters «lautes» Auftreten für osteuropäische Oppositionelle könnte sich kontraproduktiv auswirken und deren Lage eher noch verschlimmern. Zusätzlichen Konfliktstoff lieferte Carters anfängliche Weigerung, gewisse Nuklear-Exporte etwa der Bundesrepublik oder Frankreichs in Länder der Dritten Welt wegen der Gefahr der Kernwaffen-Ausbreitung zu tolerieren. Auch in der einschlagenden Wirtschaftspolitik entstanden Differenzen. Mit Blick auf seine recht erfolgreiche Stabilitätspolitik widersetzte sich namentlich Bundeskanzler Schmidt, dem amerikanischen Wunsch nach konjunkturtreibenden,

aber möglicherweise inflationären Finanzspritzen nachzukommen. Im übrigen spielte aber die finanzielle Solidarität unter den Partnern mehrmals. So bekamen die wirtschaftlich besonders geschwächten Grossbritannien, Italien und Portugal namhafte Währungsfonds-Kredite.

Politische Stabilität bröckelt ab

Nicht sehr schmeichelhaft nimmt sich die politische Bilanz für Europa aus. Selbst in der sprichwörtlich stabilen Bundesrepublik begann es zu kriseln, als die knapp wiedergewählte sozialliberale Bonner Koalition durch die fragliche Finanzierung der Altersrenten und eine Innenminister Maihofer belastende Abhöraffaire zusehends unter Druck geriet. In Frankreich rückte ein radikaler Machtwechsel nach 20jähriger bürgerlicher Herrschaft in Reichweite; nachdem die sozialistisch-kommunistische Linksopposition als stolze Siegerin aus den Gemeindewahlen hervorgegangen war, bestärkten sich die Zweifel an Präsident Giscard's Durchsetzungsvermögen, und das Ende der von de Gaulle gegründeten V. Republik schien näher denn je. Der britische Premier Callaghan vermochte seine in Minderheit geratene Regierung nur durch eine Programm-Absprache mit der kleinen Liberalen Partei über Wasser zu halten, während das von Andreotti präsierte italienische Minderheitskabinett der Christdemokraten nur dank «Nicht-Misstrauen» der dadurch näher an die Macht rückenden Kommunisten

fm-futter
071 22 30 35
FRITZ MARTI AG **9001 ST.GALLEN**

überlebte. Nach 40jähriger Herrschaft wurden Schwedens Sozialdemokraten erstmals von den Bürgerlichen geschlagen und in die Opposition geschickt.

Einen der wenigen Lichtblicke erlaubte die Entwicklung in Spanien, wo der von Premierminister Suarez geschickt geleitete Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess trotz zeitweiligen extremistischen Terrors zügige Fortschritte erzielte und in freie Wahlen mündete, zu denen sogar die Kommunistische Partei zugelassen wurde.

Belastungsproben für den Rechtsstaat

Abgesehen von politischem Terror, der hier und dort wieder aufflammte und in der Bundesrepublik mit dem verabscheuungswürdigen Mord an Generalstaatsanwalt Buback den Rechtsstaat herausforderte, entwickelte sich die Kernenergie-Frage in Westeuropa zu einer Belastungsprobe. Trotz gerechtfertigten Einwänden der Gegner, die vor allem auf unge löste Sicherheitsprobleme hinweisen, scheint der völlige Verzicht auf Atomstrom aber nur schwer verantwortbar, will man nicht ein für eine relativ gute Beschäftigungslage unabdingbares Wirtschaftswachstum aufs Spiel setzen.

Bewegung in Nahost und Asien

Einige Veränderungen im Nahen Osten schienen bessere Aussichten auf eine Verhandlungslösung anzukünden: Nach dem syrischen Eingriff im bürgerkriegserschütterten Libanon bildete sich eine gemässigte arabische Front zwischen Ägypten, Saudiarabien und

Syrien, die mit zurückhaltenden Kompromissvorschlägen aufwartete und sich damit amerikanischen Druck auf Israel versprach. Im jüdischen Staat selbst stolperte Premier Rabin kurz vor den Wahlen über eine Lappalie — seine Gattin hatte verbotenerweise ein paar tausend Dollar auf einer US-Bank liegen —, und Rivale Peres folgte als Interimspremier und neuer Chef der Arbeiterpartei nach.

Ein weltweites Echo lösten zwei Ereignisse im asiatischen Raum aus. China verlor seinen hochbetagten «grossen Steuermann», den Politiker, Militärführer und Philosophen Mao Tse-tung. Ministerpräsident Hua Kuo-feng gelang es, seine inneren Gegner auszuschalten und an die Spitze des 850-Millionen-Volkes zu treten. Das Ziel, eine wirtschaftlich und militärisch starkes China aufzubauen, überordnete er klar der von Mao immer wieder hochgehaltenen ideologischen Debatte. Pekings tiefe Kluft zu Moskau blieb auch nach dem Führungswechsel bestehen, doch kühlten sich Chinas Beziehungen zum Westen zunächst etwas ab.

Eine überraschende Wendung trat im bevölkerungsmässig zweitgrössten Land der Welt ein: Frau Gandhi, die 19 Monate lang mit eisernem Besen über Indien geherrscht hatte, fühlte sich stark genug, zur Formaldemokratie zurückzukehren und führte Wahlen durch, um sich ihren Kurs bestätigen zu lassen. Indiras Rechnung ging jedoch nicht auf; die vorab durch die willkürlich durchgesetzten Zwangssterilisierungen verärgerten Wähler erteilte der Kongresspartei nach 30-jähriger Machtausübung eine Abfuhr und verdrängten die seit 1966 regierende Ministerpräsidentin aus dem Amt. Nachfolger wurde der 81 Jahre alte Desai, der mit seinen ebenfalls «neuen alten» Männern beweisen wollte, dass er dem Riesenvolk Brot und Freiheit bringen kann, wie die Opposition im Wahlkampf verheissen hatte.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich wenig später im Nachbarland Pakistan ab. Eine zunehmend stärkere Opposition brachte den relativ fortschrittlich, aber autoritär regierenden Ministerpräsidenten Bhutto in schwere Bedrängnis.

Walser Straub
REHETOBEL AG

Telefon 071 95 12 88

Stoffe, Konfektion und Wäsche aus unseren Kollektionen sind immer beliebt